

# Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der  
Katholischen Sozialwissenschaftlichen  
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 351

Eckhard Jesse

## Die Parteiendemokratie in der Krise

J.P. BACHEM VERLAG

---

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ will der Information und Orientierung dienen. Sie behandelt aktuelle Themen aus folgenden Bereichen:

*Kirche, Gesellschaft und Politik*

*Staat, Recht und Demokratie*

*Wirtschaft und soziale Ordnung*

*Ehe und Familie*

*Bioethik, Gentechnik und Ökologie*

*Entwicklung und Frieden*

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

### Bestellungen

sind zu richten an:

**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle**

**Brandenberger Straße 33**

**41065 Mönchengladbach**

Tel. 0 21 61 / 8 15 96-0 · Fax 0 21 61 / 8 15 96-21

Internet: <http://www.ksz.de>

E-mail: [kige@ksz.de](mailto:kige@ksz.de)

Ein Prospekt der lieferbaren Titel sowie ein Registerheft (Hefte Nr. 1–250) können angefordert werden.

### Redaktion:

**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle**

**Mönchengladbach**

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

---

2008

© J. P. Bachem Verlag GmbH, Köln

ISBN 978-3-7616-2114-1

Wie nicht nur die jüngsten Daten des Instituts für Demoskopie Allensbach zeigen, stehen CDU/CSU und SPD, die beiden Volksparteien, die die Große Koalition bilden, nicht besonders gut da. Sie kommen danach zusammen lediglich auf 63,4 Prozent<sup>1</sup>, in den neuen Bundesländern gerade einmal auf 50 Prozent. Nur bei der ersten Bundestagswahl 1949 und bei der letzten Bundestagswahl 2005 konnte eine große Partei mit einer ihr nahe stehenden kleineren keine Mandatsmehrheit auf sich vereinigen. Die Schwäche der Volksparteien ist nur ein – wiewohl wesentliches Symptom für die Krise der Parteiendemokratie.

Man soll mit großen Worten wie solchen von einer „Krise“ vorsichtig sein. „Krisengerede“ führt nicht weiter. Wer dauernd „Krisen“ auszumachen meint, erkennt die wirklichen nicht mehr. Doch ist Wandel im Bereich der Parteiendemokratie auf vielen Gebieten unübersehbar. Dieser Wandel gibt eher zu Pessimismus, weniger zu Optimismus Anlass.

Obwohl alle Parteien eine Große Koalition ausgeschlossen hatten, kam es im November 2005 zur zweiten Großen Koalition auf Bundesebene – direkt nach einer vorgezogenen Bundestagswahl, anders als 1966. Eine solche Konstellation wurde als unumgänglich erachtet, weil wegen der parlamentarischen Repräsentanz der Linkspartei.PDS weder eine Mehrheit für ein schwarz-gelbes noch für ein rot-grünes Bündnis ausreichend war. Die beiden großen Parteien vermochten bei einer Wahlbeteiligung von 77,7 Prozent zusammen nur 69,4 Prozent der Stimmen zu erzielen, die beiden radikalen Parteien – die Linkspartei.PDS und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, die im Gegensatz zu ihrem Pendant von links einen harten Extremismus verkörpert, – erreichten gemeinsam mehr als 10 Prozent (8,7 Prozent und 1,6 Prozent). Diese Resultate wiesen gleich in mehrfacher Hinsicht einen Rekord auf: Niemals zuvor gingen so wenige Bürger zu einer Bundestagswahl wie diesmal. Die addierten Stimmenanteile der beiden großen Parteien lagen noch nie derart niedrig wie 2005, wenn die erste Bundestagswahl, die Züge des Weimarer Parteiensystem aufwies, nicht einbezogen wird. Gleiches gilt für die vermehrten Stimmengewinne der radikalen Parteien.

Die seitherigen neun Landtagswahlen setzten diese Entwicklung fort. Was sind die Ursachen dafür? Ist eine Trendumkehr erreichbar? Welche Konsequenzen hat dies für das Parteiensystem? Bekommen wir ein Fünfparteiensystem mit einer schwierigen Koalitionsbildung?

## Rückgang der Wahlbeteiligung

In Sachsen-Anhalt votierte nur rund ein Viertel der *Wahlberechtigten* für die CDU und die SPD. Das galt als ein Menetekel. Lediglich 44,4 Prozent machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Das entspricht einem Rückgang von 12,3 Punkten. Zudem stimmten 2,3 Prozent ungültig. So niedrig war die Wahlbeteiligungsquote noch bei keiner anderen Landtagswahl ausgefallen. Zwar nahm sie sich in den anderen Bundesländern besser aus, aber keineswegs gut (Tabelle 1). Sie sank überall, zum Teil um 10 Prozentpunkte. Allerdings hängt der hohe „Einbruch“ in Mecklenburg-Vorpommern (um 11,5 Punkte) wesentlich mit dem folgenden Umstand zusammen: Beim letzten Mal (2002) fand die Landtagswahl am Tage der Bundestagswahl statt.

**Tabelle 1: Wahlbeteiligung seit der Bundestagswahl 2005 in Prozent\***

Bund (18. September 2005)	77,7	(- 1,4)
Rheinland-Pfalz (26. März 2006)	58,2	(- 3,9)
Baden-Württemberg (26. März 2006)	53,4	(- 9,2)
Sachsen-Anhalt (26. März 2006)	44,2	(- 12,3)
Berlin (17. September 2006)	58,5	(- 9,6)
Mecklenburg-Vorpommern (17. September 2006)	59,1	(- 11,5)
Bremen (13. März 2007)	57,8	(- 3,5)
Hessen (27. Januar 2008)	64,5	(- 0,1)
Niedersachsen (27. Januar 2008)	57,0	(- 10,0)
Hamburg (24. Februar 2008)	63,6	(- 5,1)

\* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf den Rückgang im Vergleich zur jeweils letzten Wahl.

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken.

Wie lässt sich erklären, dass in Hessen die Wahlbeteiligung nur um 0,1 Punkte sank, in Niedersachsen hingegen um 10,0 Punkte, also hundertmal mehr, obwohl am gleichen Tage gewählt wurde? In Hessen gab es eine starke Polarisierung zwischen schwarz-gelb auf der einen und rot-grün auf der anderen Seite bei einem erwarteten knappen Wahlausgang. Hingegen verlief der Wahlkampf in Niedersachsen ruhig, und die SPD hatte keinerlei Chance, einen Regierungswechsel herbeizuführen.

Keine der beiden Volksparteien wollte und konnte sich bei den Landtagswahlen gegen die Politik der Großen Koalition im Bund profilieren. Dieser Umstand erklärt wesentlich den gedrosselten Wahlkampf, der seinerseits die niedrige Beteiligungsrate begünstigte. Die Wahlen fun-

gierten nicht als Test für den Bund in Form einer „Abstrafung“ der dortigen Hauptregierungspartei. Und: Da für viele der bisherige Ministerpräsident als Sieger feststand (in Sachsen-Anhalt, in Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz, in Mecklenburg-Vorpommern, in Berlin, in Bremen, in Niedersachsen), ließen sich Stimmberechtigte schwerlich mobilisieren – nicht die Anhänger der Ministerpräsidenten, nicht deren Gegner. Zudem sahen viele Wähler keine gravierenden Unterschiede zwischen den Konzepten von CDU und SPD. Sie maßen der Landespolitik daher kein relevantes Gewicht bei.

Landtagswahlen gelten als „Nebenwahlen“. Insofern gehen bei ihnen ohnehin weniger Bürger zur Wahl als bei einer „Hauptwahl“. Lange nahmen bei Bundestagswahlen 80 bis 90 Prozent der Stimmberechtigten teil, bei Landtagswahlen 70 bis 80 Prozent, bei Kommunalwahlen 60 bis 70 Prozent und bei Europawahlen 50 bis 60 Prozent. Doch mittlerweile ist die in Deutschland einst hohe Beteiligungsquote gesunken, auch bei der Bundestagswahl, wenngleich nicht so krass. In den fünfziger und sechziger Jahren betrug die Beteiligungsquote jeweils zwischen 86 und 88 Prozent; bei den beiden Wahlen in den siebziger Jahren (1972 und 1976) erreichte sie einen Höchststand (91,1 und 90,7 Prozent). Seither geht sie zurück, wenn auch nicht kontinuierlich.

Zwar gibt es eine Regionalisierung des Wahlverhaltens und des Parteiensystems, aber der Trend zur sinkenden Wahlbeteiligung ist genereller Natur. Die Ursachen sind vielfältig. Die Zahl derjenigen, die sich mit einer Partei identifizieren, hat stark nachgelassen. Durch diese Erosion der herkömmlichen Milieus schrumpft die Zahl der Stammwähler, steigt zugleich die der Wechsel- und Nichtwähler. Verbreitete Individualisierung (z. B. Auflösung der herkömmlichen Familienstruktur) fördert elektorale Abstinenz ebenso wie Wertewandel: Wahlbeteiligung gilt infolge des Wandels der politischen Kultur immer weniger als staatsbürgerliche Pflicht. Diese Abkehr von der Wahlnorm ist aus anderen Ländern bekannt. Schließlich gibt es den „wählenden Nichtwähler“ (Michael Eilfort), der nach reiflicher Überlegung für das Fernbleiben votiert, sei es, weil ihm diesmal keine Partei zusagt, sei es, weil Nichtwahl zuweilen der „Wechselwahl“ vorausgeht (oder auch nachfolgt). Diese Form der Wahlmüdigkeit ließe sich bei einer wohlwollenden Interpretation als Zeichen für Wahlmündigkeit auffassen. Wie die Vielzahl der Motive zeigt: Die „Partei der Nichtwähler“ gibt es nicht.

Die Bewertung der gesunkenen Beteiligungsrate differiert bei Forschern. Die einen sehen sie als ein Zeichen der Gefahr an. Werde das wichtigste (und für viele das einzige) politische Partizipationsrecht der Bürger un-

genügend wahrgenommen, belege dies Verdruss. Eine Demokratie brauche die Zustimmung ihrer Bürger. Ansonsten verlören die Regierenden einen Teil ihrer Legitimation. Nichtwähler entzögen dem politischen System ihre Unterstützung. Die anderen Wissenschaftler betrachteten sie als ein Indiz der Normalisierung. Wäre der „Leidensdruck“ so groß, würden die Stimmberechtigten vermehrt das Wahllokal aufsuchen. Bei der ersten freien Volkskammerwahl 1990 beteiligten sich 93,4 Prozent. Eine niedrigere Quote basiere wegen des mangelnden politischen Interesses der Nichtwähler daher auf keinem Protestvotum. Die nachlassende Parteibindung sei eine Abkehr von der Klassengesellschaft und Ausdruck einer offenen Gesellschaft. Eine extrem hohe Beteiligungsrate könne eine gesellschaftliche Polarisierung signalisieren. So nahmen bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 88,8 Prozent der Stimmberechtigten an der Wahl teil.

Gewiss: Grund zur Hysterie besteht nicht. Deutschland liegt im europäischen Maßstab im oberen Mittelfeld, wenngleich der Rückgang wegen des hohen Niveaus besonders stark ausfällt. Gleichwohl verdient die gesunkene Beteiligung in Verbindung mit anderen Faktoren Aufmerksamkeit. Denn sie zeigt Veränderungen an. Wahlpflicht dürfte kein geeignetes Instrument sein, um das Interesse der Bürger an der Politik (wieder) zu wecken. Neben zahlreichen ungültigen Voten würden sich dann wohl verstärkt Proteststimmen bemerkbar machen. Demokratische Parteien müssen eine glaubwürdige(re) Politik anstreben und zentrale Fragen, die Wähler bewegen, auf die politische Agenda rücken. Wer Wahlpflicht fordert, fördert weitere Unzufriedenheit. Immerhin schrecken die Parteien davor zurück, ein solches – vermeintliches – Allheilmittel zu propagieren. Wahlrecht bedeutet eben nicht Wahlpflicht, kann vielmehr auch heißen: Man macht von der Wahl Gebrauch, nicht zur Wahl zu gehen.

### **Schwäche der Volksparteien**

Nicht nur die Partizipationsrate zeigt nach unten. Auch die beiden Volksparteien verlieren nahezu kontinuierlich an Stimmen. Bei der Bundestagswahl 2005 konnten sie, wie erwähnt, bei einer Wahlbeteiligung von unter 80 Prozent zusammen keine 70 Prozent auf sich vereinigen (Tabelle 2). In den siebziger Jahren kamen sie hingegen auf über 90 Prozent (bei einer Quote von mehr als 90 Prozent der Wahlberechtigten). Bei den Landtagswahlen in Berlin erhielten die beiden großen Parteien ganze 52,1 Prozent (ein Minus von 1,4 Punkten gegenüber der letzten

Wahl). In Rheinland-Pfalz kamen die beiden großen Parteien immerhin auf 78,4 Prozent. Bei allen Wahlen verloren die beiden großen Parteien mit der Ausnahme von Sachsen-Anhalt (Plus von 0,3 Punkten) zusammengenommen an Stimmen (am stärksten in Mecklenburg-Vorpommern mit 13,0 Prozentpunkten, am schwächsten in Hamburg mit 1,0 Punkten). Die Tendenz ist eindeutig. Nur in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Hamburg kam eine große Partei über 40 Prozent, in Berlin erreichte die CDU 21,3 Prozent, in Sachsen-Anhalt die SPD lediglich 0,1 Prozentpunkte mehr. Die stärkste Partei erhielt in Mecklenburg-Vorpommern gerade 30,2 Prozent.

Während die CDU in allen Bundesländern verlor (ein Merkel-Bonus war offenkundig nicht zu spüren), gewann die SPD in vier von ihnen knapp (u. a. dank ihrer Spitzenkandidaten Beck und Wowerit), in Hessen massiv (7,6 Punkte). In Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg musste sie dagegen Erdrutschniederlagen mit 10,4 bzw. 8,1 Punkten hinnehmen: in einem ostdeutschen Bundesland, in dem sie an der Regierung ist, und in einem westdeutschen Bundesland, in dem sie opponiert. Die CDU erreichte mit ihren Ergebnissen in Rheinland-Pfalz, in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte, die SPD in Mecklenburg-Vorpommern und in Bremen.

**Tabelle 2: Stimmenanteil der beiden Großparteien CDU und SPD seit der Bundestagswahl 2005 in Prozent\***

	CDU	SPD	Zusammen
Bund	35,2 (- 3,3)	34,2 (- 4,3)	69,4 (- 7,6)
Rheinland-Pfalz	32,8 (- 2,5)	45,6 (+ 0,9)	78,4 (- 1,6)
Baden-Württemberg	44,2 (- 0,6)	25,2 (- 8,1)	69,4 (- 8,7)
Sachsen-Anhalt	36,2 (- 1,1)	21,4 (+ 1,4)	57,6 (+ 0,3)
Berlin	21,3 (- 2,5)	30,8 (+ 1,1)	52,1 (- 1,4)
Mecklenburg-Vorpommern	28,8 (- 2,6)	30,2(- 10,4)	59,0 (- 13,0)
Bremen	25,7 (- 4,1)	36,8 (- 5,5)	62,5 (- 9,6)
Hessen	36,8 (- 12,0)	36,7 (+ 7,6)	73,5 (- 4,4)
Niedersachsen	42,5 (- 5,8)	30,3 (- 3,1)	72,8 (- 8,9)
Hamburg	42,6 (- 4,6)	34,1 (+ 3,6)	76,7 (- 1,0)

\* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Wahl. Bei der Bundestagswahl sind die Stimmenanteile von CDU und CSU addiert.

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken.

Der Stimmenverlust für die Volksparteien hat sich jedoch nicht nachteilig auf die Regierungsbildung ausgewirkt: Bestand vor den Wahlen im Bund und in den neun Ländern eine einzige Koalition zwischen der CDU und der SPD (in Bremen), so gibt es jetzt drei solcher Bündnisse (im Bund, in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern). Die Paradoxie liegt darin, dass ein schwaches Ergebnis für die Volksparteien nicht zu einer kleinen Koalition reicht und so oft nur ein Bündnis der nicht mehr ganz Großen in Frage kommt – sei es, dass mehr Parteien im Parlament vertreten sind (in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern haben wir nunmehr Fünf-, nicht mehr Dreiparteienparlamente), sei es, dass Dreierkoalitionen (noch) nicht „passen“.

Die Antwort auf die Frage, ob Parteien, die lediglich 30 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen, als Volksparteien gelten können, hängt entscheidend von der Definition des Begriffs „Volkspartei“ ab. Manche Parteien trugen bereits im Kaiserreich und in der Weimarer Republik diesen Terminus in ihrem Namen, ohne dass es sich um Volksparteien im heutigen Sinn handelte. Nach 1945 kam allmählich der Typus der Volkspartei zur Geltung, bei der Union zuerst, bei der SPD später. Er dürfte durch drei Charakteristika bestimmt sein: erstens durch eine beträchtliche Wählerschaft; zweitens durch eine Programmatik, die aufgrund des Elektorats, das sich aus unterschiedlichen sozialen Schichten zusammensetzt, breit gefächert ist; drittens durch die Akzeptanz demokratischer Prinzipien.

Die SPD war zu Beginn der ersten deutschen Demokratie zwar von fast 40 Prozent der Bevölkerung gewählt und demokratisch, aber die Programmatik zielte auf die Arbeiterschaft, den Wählerstamm der Partei; die NSDAP umfasste Anfang der dreißiger Jahre eine große Wählerschaft, die sich aus den verschiedensten sozialen Schichten zusammensetzte, doch sie lehnte die demokratischen Prinzipien dezidiert ab. Insofern war sie nicht die erste deutsche Volkspartei, wie es zuweilen heißt. Die demokratische Zentrumspartei vereinigte in der Weimarer Republik unter ihren vornehmlich katholischen Wählern Repräsentanten der Unter-, der Mittel- und der Oberschicht gleichermaßen, aber sie erzielte niemals mehr als 20 Prozent der Stimmen, in der Regel nicht mehr als 15 Prozent. Die heutigen großen Parteien sind demokratisch orientiert und zeichnen sich durch eine breite Programmatik aus. Allerdings verlieren sie, wie gezeigt, zunehmend an Stimmen. Union und SPD werden, meinen Kritiker, immer weniger unterscheidbar. Das ist u. a. eine Folge der Erosion des konfessionellen und sozialen Milieus, die seit Jahrzehnten voranschreitet.



Deswegen muss das Konzept der Volkspartei nicht über Bord geworfen werden. Schließlich verdankt das „Modell Deutschland“ seinen Erfolg u. a. den Volksparteien, die jeglicher Ideologisierung entsagt und Pragmatismus gefördert haben. Vielleicht verlieren die großen Parteien gerade dadurch Wähler, dass die Union zu wenig „schwarz“ und die SPD zu wenig „rot“ ist. Jetzt scheinen ihnen die Wähler in Scharen auch deshalb wegzulaufen, weil die kleineren Parteien konkretere Programmpunkte verfechten. Eine diffuse Politik der Mitte überzeugt viele Bürger nicht mehr.

Die Volksparteien werden sich künftig vermutlich immer weniger auf spezifische Milieus stützen. Die den großen Parteien einst zugeschriebene Problemlösungskompetenz durch die Wähler lässt nach. Sie haben zu beweisen, dass ihre Gestaltungskraft nicht erlahmt ist. Beherzigen die Volksparteien ihre Lektion und wollen sie das Vertrauen zurückgewinnen, ist Glaubwürdigkeit gefordert. Sie dürfen ihre Wählerverluste nicht schönreden. Ein „weiter so“ genügt nicht. Warum sind die großen Parteien an Wahlabenden nicht in der Lage, ihr Desaster einzugestehen?

Mit den Stimmenverlusten in Verbindung steht das massive Schwinden der Zahl der Parteimitglieder. So verlor die SPD gegenüber der Zeit Anfang der neunziger Jahre über 400.000 Mitglieder, die CDU über 200.000. Der Trend hat sich seit 2005 weiter fortgesetzt. Die SPD büßte 67.000 Mitglieder ein, die CDU 43.000. Seit Mai 2008 hat die CDU etwas mehr Mitglieder als die SPD. Lediglich die CSU und die Grünen halten in etwa ihren Mitgliederanteil. Die Gründe für die Mitgliederverluste bei den großen Parteien sind verschiedenartiger Natur: Parteien verfügen heute kaum noch über die Möglichkeit, Stellen im öffentlichen Dienst zu vergeben. Sie sind für jüngere Menschen wenig attraktiv, so dass wir es mit einer überalterten Struktur zu tun haben. Fast 50 Prozent der Mitglieder bei der CDU und der SPD sind über 60 Jahre alt. Die mangelnde Profilschärfe motiviert nicht zum Beitritt und ist neben anderen Faktoren (wie etwa der Bevorzugung unkonventioneller Beteiligungsformen) ein wesentlicher Grund für die „chronische Beziehungsdistanz“ (Elmar Wiesendahl) zumal von Jüngeren gegenüber den großen Parteien.

### **Stärke der radikalen Parteien**

Wer die Stimmenanteile für die Linkspartei.PDS und WASG mit denen für NPD, DVU und REP addiert, stellt fest: Die Ergebnisse für die radikalen Parteien steigen (Tabelle 3). Es gibt eine Ausnahme. In Berlin ist

der Stimmenanteil zurückgegangen – die mitregierende Linkspartei wurde „abgestraft“. Viele Wähler der Partei sahen eine Diskrepanz zwischen ihrer (radikalen) Programmatik und ihrer (stärker reformbewussten) Praxis. Auch wer berücksichtigt, dass bis auf die NPD und die DVU die anderen Parteien eher in einer Grauzone zwischen „extremistisch“ und „demokratisch“ angesiedelt sind, kommt nicht um den Sachverhalt herum, dass solche Größenordnungen bedenkliche Tendenzen widerspiegeln. Das gilt zumal für die neuen Bundesländer. Diese sind – kein Wunder nach der langen Diktaturerfahrung – demokratisch nicht voll konsolidiert. Regierungsbeteiligung zahlt sich für die Linkspartei nicht aus. Wer daraus die Konsequenz zieht, es sei sinnvoll, die Linkspartei.PDS an die Regierung zu bringen, damit sie sich dort „verbraucht“, unterliegt einem Irrtum. Er trüge zu einer Aufwertung der Partei bei, die keineswegs ein Gralshüter des demokratischen Verfassungsstaates ist.

**Tabelle 3: Stimmenanteile der LINKEN und der rechtsextremistischen Parteien (NPD, DVU, REP) in Prozent\***

	Die LINKE	Rechtsextremistische	Zusammen
Bund	8,7 (+ 4,7)	2,2 (+ 1,2)	10,9 (+ 5,9)
Rheinland-Pfalz	2,5 (+ 2,5)	2,9 (0,0)	5,4 (+ 2,5)
Baden-Württemberg	3,1 (+ 3,1)	3,2 (- 1,4)	6,3 (+ 1,7)
Sachsen-Anhalt	24,1 (+ 3,7)	3,5 (+ 3,5)	27,6 (+ 7,2)
Berlin	13,4 (- 9,2)	0,9 (- 0,4)	14,3 (- 9,6)
Mecklenburg-Vorpommern	16,8 (+ 0,4)	7,3 (+ 6,2)	24,1 (+ 6,6)
Bremen	8,4 (+ 6,7)	2,7 (+ 0,4)	11,1 (+ 7,1)
Hessen	5,1 (0,0)	1,9 (+ 0,6)	7,0 (+ 5,7)
Niedersachsen	7,1 (+ 6,6)	1,5 (+ 1,1)	8,6 (+ 7,7)
Hamburg	6,4 (0,0)	0,8 (+ 0,5)	7,2 (+ 6,9)

\* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Wahl. Gemeint ist früher die PDS, die Linkspartei, die WASG (Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg), später die LINKE. Die „Republikaner“ haben sich durch den Kurs des Parteivorsitzenden Rolf Schlierer gewandelt und werden im Verfassungsschutzbericht des Bundes für das Jahr 2007 nicht mehr genannt.

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken.

Die rechtsextremistische NPD, eine „Opposition zum System“, war in Mecklenburg-Vorpommern, dem Bundesland mit der höchsten Arbeitslosigkeit, in einer komfortablen Position: im Bund eine große Koalition und im Land eine rot-rote Koalition. Die Partei gab sich sozialpopulis-

tisch, weniger ausländerfeindlich. In Mecklenburg-Vorpommern waren die Bedingungen für die NPD besonders günstig: Perspektivlosigkeit zumal vieler junger Männer, Verödung von Landstrichen, sich fortsetzende Entbürgerlichung der Gesellschaft, gering ausgeprägtes Vereinsleben im vorpolitischen Raum. Ihr Erfolg ist zum einen eine Erblast des „realen Sozialismus“, zum anderen eine Reaktion auf die schwierigen Transformationsprobleme. Während sie in Sachsen-Anhalt wegen des Abkommens mit der DVU, einer „Phantom-Partei“, nicht kandidierte und dieser den Vortritt ließ, blieb sie in Berlin mit 2,6 Prozent unter der Fünfprozenthürde, obwohl die Rahmenbedingungen dieselben wie in Mecklenburg-Vorpommern waren (rot-rote Koalition im Lande; Große Koalition im Bund). Selbst im Osten Berlins kam sie bloß auf 4,0 Prozent. Offensichtlich gelingen der Partei nur unter ganz spezifischen Voraussetzungen Achtungserfolge. Ihren vollmundigen Parolen entbehrt es an Realitätskraft. Im Westen ist sie gänzlich isoliert.

Die demokratischen Parteien müssen sich mit der demokratisch gewählten, aber nicht demokratischen NPD inhaltlich auseinandersetzen. Geschäftsordnungstricks verbieten sich. Sie haben die Aufgabe, die Wähler durch eine überzeugende Politik zurückzugewinnen. Eine konservative demokratische Partei braucht einen starken rechten Flügel, eine linke demokratische Partei einen starken linken. Und einer „Antifaschismus“-Kampagne unter Einschluss der Linkspartei.PDS entbehrt es an demokratischer Glaubwürdigkeit. „Anti“-Begriffe besitzen oft eine verschleiende Wirkung: Man ist sich einig in dem Abgelehnten, aber nicht einig in dem Gewollten.

Gewiss bestehen in demokratietheoretischer Hinsicht große Unterschiede zwischen der offen den demokratischen Verfassungsstaat ablehnenden NPD und der PDS, die diesem deutlich näher steht. Verficht die NPD eine harte Form des rechten Extremismus (massiv antikapitalistisch wie antiwestlich), so repräsentiert die PDS eine weiche Variante des linken. Wer das kubanische System unter Fidel Castro, dem Máximo Líder, positiv würdigt, wer Markus Wolf, dem langjährigen Chef der DDR-Auslandsspionage, seine Reverenz erweist, wer immer wieder vor „Kapitalverwertungsinteressen“ warnt, wer eine Stiftung nach Rosa Luxemburg benennt, einer Revolutionärin, die die junge, ungefestigte erste deutsche Demokratie gewaltsam stürzen wollte, und wer nicht bereit ist, die DDR als „Unrechtsstaat“ zu apostrophieren, muss Vergleiche mit der NPD ertragen. Beide Parteien machten in einer demagogischen Weise gegen die Arbeitsmarktreform Hartz IV mobil, mobilisierten so Anhänger. Im Gegensatz zur gesellschaftlich geächteten NPD ist die Linkspar-

tei.PDS jedenfalls bei Teilen der Eliten Deutschlands (etwa den Gewerkschaften) geachtet. Das ist ein Armutszeugnis. Die Erfolge der LINKEN (nach der Vereinigung von PDS und WASG) auch im Westen fordern die Demokratie und die anderen Parteien heraus. Die Koalitionsbildung wird schwieriger.

### **Dreierbündnisse als Modell der Zukunft?**

Die Tatsache, dass der Stimmenanteil der großen Parteien – wie immer man sie bezeichnet – sich künftig auf etwa 30 Prozent einpendeln könnte, hat Konsequenzen für die Strategien. Herkömmliche Zweierbündnisse dürften weniger vorkommen, da Große Koalitionen nicht dem Normalfall einer parlamentarischen Demokratie entsprechen und Minderheitsregierungen in Deutschland, im Gegensatz zu Skandinavien, keineswegs akzeptiert sind. Bei Dreierbündnissen, die den Nachteil haben, dass sich die beiden kleineren Partner gegenüber der Hauptregierungspartei über Gebühr profilieren, bieten sich gegenwärtig drei Varianten an: eine „schwarze“ Ampel-Koalition (CDU/CSU, FDP und Grüne); eine „normale“ Ampel-Koalition (SPD, FDP und Grüne); ein „Linksbündnis“ (SPD, Grüne, Linkspartei). Bisher hat es nur zwei – wenig erfolgreiche – Ampel-Koalitionen in den Ländern gegeben (Bremen und Brandenburg). Was heute undenkbar sein mag, kann schon morgen Wirklichkeit werden. Die Diskussion nach der Bundestagswahl 2005 bot einen Vorgeschmack auf das, was uns wohl erwartet.

Allerdings ist die Durchsetzungskraft von Dreierbündnissen keineswegs sicher. Erstens sind Momentaufnahmen (eine Große Koalition im Bund dürfte bekanntlich zu Verlusten der Union und der SPD führen) nicht zu verabsolutieren, mögen die Volksparteien doch eine Revitalisierung erfahren; zweitens muss das gegenwärtige Fünfparteiensystem nicht „festgeschrieben“ sein. Liberale, Grüne und Linkspartei haben große Herausforderungen zu meistern: Ihre Stammwählerschaft liegt keineswegs über 5 Prozent; drittens ist die Zunahme Großer Koalitionen möglich. Wir haben mittlerweile in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein Regierungsbündnisse, die aus Repräsentanten von Union und SPD zusammengesetzt sind. Drei dieser fünf Koalitionen sind keine Große Koalition, denn in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt rangiert die Linkspartei.PDS auf dem zweiten Platz. Gleichwohl: Die Parteiendemokratie in der Bundesrepublik geht schwierigen Zeiten entgegen.

Der Ausgang der jüngsten Landtagswahlen könnte einen fundamentalen Wandel auch im Westen einleiten. Die LINKE überwand trotz für sie ungünstiger Bedingungen (die SPD-Spitzenkandidaten traten eher anti-kapitalistisch auf) in westdeutschen Flächenländern zum ersten Mal die Fünfprozenthürde.<sup>2</sup> Damit dürfte die Partei auf absehbare Zeit bundesweit etabliert sein. Im Gegensatz zum buntscheckigen Parteiensystem im Kaiserreich und in der Weimarer Republik zeichnete sich das Parteiensystem nach 1945 durch zwei (unterschiedlich große) Lager aus.<sup>3</sup> Neu ist: Durch die Existenz von fünf Parteien im Parlament wird eine Zweier-Koalition erschwert. Wir haben damit – paradox formuliert – momentan eine Asymmetrie zu Ungunsten der Union wie zu Ungunsten der SPD, fällt doch die LINKE, jedenfalls auf Bundesebene, als Partner aus – auch nach dem Kurswechsel der SPD im Februar 2008 mit Blick auf die alten Länder. Die einzelnen Landesverbände können autonom entscheiden, ob sie ein Bündnis mit der LINKEN präferieren oder nicht.

Muss der eine Wandel einen anderen Wandel folgerichtig bedingen? Kommt es im Bund zu einer Dreierkoalition: zu einer schwarz-gelb-grünen oder zu einer rot-grün-gelben? Oder bleibt es bei einer Großen Koalition – für den Fall, dass kein herkömmliches Zweierbündnis eine Mehrheit erhält? Ein linkes „Dreierbündnis“ bei der nächsten Bundestagswahl ist so gut wie ausgeschlossen – weniger deshalb, weil die LINKE sich eigener Lesart nach weigert, sondern vor allem deshalb, weil die SPD-Führung ein solches unzweideutig – ohne Wenn und Aber – ablehnt, von Ausnahmen wie Klaus Wowereit abgesehen. Was 2005 nicht eintrat, geschieht 2009 ebenso nicht. Der cordon sanitaire auf Bundesebene gegenüber der LINKEN funktioniert noch. Sollte keine der drei Parteien nach der nächsten Wahl an der Regierung beteiligt sein, könnte künftig aus der gemeinsamen Opposition eine solche Koalitionspräferenz entstehen.

Teile des grünen und des schwarzen Lagers sind bei allen Tendenzen der Auflockerung weiterhin in ihren ideologischen Schützengräben verschanzt. Die einen gelten als euphorische 68er, die anderen als deren dezidierte Gegner. Wenngleich die Wirklichkeit weitaus komplizierter ist und manche Gemeinsamkeiten bestehen, überlagert misstrauische Wahrnehmung selbst nach der Hamburger Koalitionsneuheit eine Annäherung. Zwischen den Sozialdemokraten und den Liberalen überwiegen trotz der gemeinsamen Erfahrungen erst recht die Konflikte. Die Zahl der Bereiche, in denen Differenzen bestehen, ist Legion, ungeachtet mancher Schnittmengen (etwa im Bereich der inneren Sicherheit).

Dreierkoalitionen würden weniger an dem Konflikt zwischen Liberalen und Grünen scheitern. Hier gibt es erstaunliche Affinitäten etwa mit Blick auf die sozioökonomische und die kulturelle Konfliktlinie. Beide propagieren, wiewohl unterschiedlich akzentuiert, „weniger Staat“, und beide verkörpern eher ein libertäres Wertesystem als ein autoritäres. Das Problem ist vielmehr: Die Liberalen wollen nicht als Feigenblatt für ein rot-grünes Bündnis firmieren, die Grünen keine schwarz-gelbe Zusammenarbeit absichern.<sup>4</sup> Gegenwärtig ist bei beiden keine größere Neigung zu einem für sie unkalkulierbaren Experiment auf Bundesebene zu verspüren. Die Grünen sind aus inhaltlichen und strategischen Gründen – noch – an die SPD gebunden, die Liberalen, die bekanntermaßen hartnäckig unter dem „Umfaller“-Image leiden, an die Union. Die Wählerschaft der Grünen steht der SPD näher, die der FDP der Union, wie u. a. eine Analyse des Stimmensplittings zeigt. Immerhin wollen die Grünen bei der Bundestagswahl 2009 den Wahlkampf ohne feste Koalitionsaussage bestreiten und auf „Inhalte“ setzen. Sie haben sich damit weiter von der SPD entfernt als die Liberalen von der Union. Für den Fall einer Blockierung der herkömmlichen Regierungsmehrheiten ist ein schwarz-gelb-grünes Bündnis wahrscheinlicher als ein rot-grün-gelbes.

Der eine Wandel (Verankerung des Fünfparteiensystems) muss den anderen Wandel (Installierung von Dreierbündnissen) nicht automatisch sofort nach sich ziehen. Zudem haben angepeilte Dreierbündnisse bisher keinen gemeinsamen Nenner, auf den sich solche Koalitionen, sollen sie eine neue Ära einleiten, berufen können. Das war 1969 der Fall, als SPD und FDP eine „Reformkoalition“ schmiedeten, ebenso 1982, als Union und FDP durch die Unterstützung des NATO-Nachrüstungsdoppelbeschlusses die Westintegration auch militärisch zu stabilisieren suchten. Das galt erst recht für 1998, als SPD und Grüne einen „ungefilterten“ Regierungswechsel herbeiführten. Beide Parteien wünschten mit ihrem „rot-grünen Projekt“ zwar keine „neue“ Republik, aber eine „andere“ Republik (z. B. mehr Rechte für Menschen mit „Migrationshintergrund“). Ein Dreierbündnis wäre gegenwärtig nur ein aus der Not geboresenes, wohl eher labiles Zweckbündnis – ohne große gemeinsame Idee, kein Projekt.

## **Resümee**

Hatten die beiden großen Parteien bei den Landtagswahlen 2004 in Sachsen mit 50,9 und in Brandenburg mit 51,3 Prozent der Stimmen nur gut die Hälfte der Wähler erreicht, so wurde dies vielfach mit spezifi-

schen landespolitischen Gegebenheiten im Osten Deutschlands erklärt (ungefestigte Parteistrukturen; fehlende Wählerbindung; Parteienverdross angesichts von Hartz IV). Doch die Tendenzen lassen sich wohl verallgemeinern. Bei der Bundestagswahl 2005 bekamen die beiden Volksparteien, die jeweils deutlich verloren hatten, bundesweit keine 70 Prozent der Stimmen mehr (bei einer Wahlbeteiligung von unter 80 Prozent). Ihre Bindekraft und Integrationsfähigkeit lassen beträchtlich nach. 2002 und in den neunziger Jahren war der Anteil der beiden Parteien ebenfalls gefallen, wenngleich nicht so deutlich. Bei den Wahlen von 1990 an, also mit der deutschen Einheit, hatten die beiden großen Parteien einen Anteil zwischen 76,0 und 77,9 Prozent erzielt. Er lag damit nicht mehr über 80 Prozent – wie bei den drei Wahlen in den achtziger Jahren. Diese Verluste gehen mit schwindender Parteiidentifikation, gesunkener Wahlbeteiligung und massiven Mitgliederrückgängen einher.

Die Reformmöglichkeiten zur Stabilisierung der Parteiendemokratie sind unterschiedlicher Natur. Wer für die Mehrheitswahl optiert, will die Macht der Volksparteien institutionell absichern. Viele Bürger sähen dies als Manipulation – unabhängig davon, ob ein neues Wahlsystem dem alten überlegen wäre. Was die Große Koalition der Jahre 1966 bis 1969 in dieser Angelegenheit wohl versucht, aber nicht geschafft hat, nimmt diesmal die Große Koalition erst gar nicht in Angriff, weil sie um die Aussichtslosigkeit des Unterfangens weiß. Wer für die Einfügung direktdemokratischer Mechanismen streitet, für „Parteibürger“ in Personen- und/oder Sachfragen wie für „Wahlbürger“ in Personen- und/oder Sachfragen, strebt größere Offenheit an.<sup>5</sup> Das erste Reformmodell würde die „politische Klasse“ eher stärken, das zweite eher schwächen.<sup>6</sup>

Gewiss haben wir in Deutschland aufgrund der Last der Vergangenheit ein „Stabilitätstrauma“ (Kurt Sontheimer). Aber dass früher von den „Parteien in der Krise“ allenthalben die Rede war, als Stabilität und Kontinuität vorherrschten, während heutzutage das Wort von der Krise weniger die Runde macht, obwohl es augenfällige Krisensymptome gibt, ist nichts weniger als eine Paradoxie.

## Anmerkungen

- 1 Vgl. Thomas Petersen, Der Kampf Europas mit der Gleichgültigkeit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. Mai 2008, S. 5.

- 2 Die Erfolge der Linken in Stadtstaaten wie Bremen und Hamburg wären angesichts spezifischer Bedingungen noch kein ausreichendes Indiz für die Etablierung der Linken im Westen.
- 3 Die FDP stärkte bundespolitisch nicht nur das Lager der Union, sondern zeitweilig auch das der SPD (1969 – 1982). Auf Landesebene änderte sich die Lagerbildung öfter. Sie ist von bundes- wie von landespolitischen Faktoren geprägt. Mit dem Aufkommen der Grünen entstand zwar nicht gleich, aber nach einiger Zeit ein symmetrisches Parteiensystem.
- 4 Dabei könnten die Grünen gerade in einer „schwarzen“ Ampel ihre Eigenständigkeit unter Beweis stellen, die Liberalen in einer von der SPD dominierten Dreierkonstellation. Vor allem besteht die Möglichkeit, sich in einer derartigen Koalition teurer zu „verkaufen“.
- 5 „Wahlbürger“ sind Bürger, die „nur“ zur Wahl gehen, „Parteibürger“ solche, die als Mitglieder einer Partei die Willensbildung zu beeinflussen suchen.
- 6 Sinnvoll ist unter demokratietheoretischen Aspekten nur eine solche Reform, die „Parteibürgern“ und/oder „Wahlbürgern“ mehr Möglichkeiten bei der Entscheidung in Personenfragen bietet. Auf diese Weise wird die repräsentative Demokratie nicht beschädigt.

## **Literaturhinweise**

- Backes, Uwe/Henrik Steglich (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007.
- Biehl, Heiko, Parteimitglieder im Wandel. Partizipation und Repräsentation, Wiesbaden 2005.
- Dittberner, Jürgen, „Sind die Parteien noch zu retten?“ Die deutschen Parteien: Entwicklungen, Defizite und Reformmodelle, Berlin 2004.
- Jesse, Eckhard/Jürgen Lang, DIE LINKE – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008.
- Jesse Eckhard/Roland Sturm (Hrsg.), Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Wiesbaden 2006.
- Jun, Uwe/Henry Kreikenbom/Viola Neu (Hrsg.), Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft, Frankfurt a. M. 2006.
- Niedermayer, Oskar (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden 2008.
- Wiesendahl, Elmar, Parteien, Frankfurt a. M. 2006.
- Ders., Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion, Wiesbaden 2006.

## **Zur Person des Verfassers**

Prof. Dr. Eckhard Jesse, Lehrstuhl für Politikwissenschaft an der TU Chemnitz (Politische Systeme, politische Institutionen) seit 1993. Mit U. Backes seit 1989 Herausgeber des „Jahrbuchs Extremismus & Demokratie“.